

Niedersächsischer Bund für freie Erwachsenenbildung e. V.
Bödekerstraße 18 · 30161 Hannover



An die Mitglieder des Niedersächsischen
Landtags (persönliches Anschreiben)

Vorsitzende:
Berbel Unruh
Bödekerstr. 18
30161 Hannover
Telefon 0511 / 300 330-444
Mail info@nbeb.de

Hannover, 1. September 2023

Unser Appell an Sie: Sichern Sie die Finanzhilfe über die politische Liste ab!

Die öffentlich geförderte Erwachsenenbildung wurde trotz Festlegung im Koalitionsvertrag der Landesregierung im Haushaltsplan erneut nicht berücksichtigt!

Sehr geehrte ...,

mit Betroffenheit und Unverständnis haben wir erfahren, dass in den Planungen für den Landeshaushalt des Jahres 2024 erneut keine Verstetigung der Finanzhilfe für die öffentlich geförderte Erwachsenenbildung vorgesehen ist.

Nach den Ausführungen zur Erwachsenenbildung im Koalitionsvertrag der Landesregierung haben wir dem Haushalt mit großer Zuversicht entgegengesehen, denn der Kurs schien klar abgesteckt zu sein: „Damit sie [die Erwachsenenbildung] diesen Aufgaben auch in Zukunft gerecht werden kann, braucht sie eine auskömmliche Finanzierung“ und: „Wir wollen einen Aufwuchs der Finanzhilfe verstetigen. Unser Ziel ist es, die Förderung der Erwachsenenbildungseinrichtungen langfristig merklich zu erhöhen.“

Über diese programmatische Festlegung hinaus wurden uns auch in Gesprächen immer wieder uneingeschränktes Verständnis entgegengebracht, Zusagen gemacht, Unterstützung versichert. Und nun stagniert die Finanzhilfe des Landes erneut und dies inzwischen seit über 20 Jahren.

Das sorgt bei uns inzwischen für deutliches Unverständnis. Denn hier wird erneut außer Acht gelassen, dass die gesellschaftlichen Anforderungen an die Erwachsenenbildung rasant steigen. Wir begleiten u.a. Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft, organisieren Sprachkurse für Geflüchtete, initiieren Alphabetisierungskampagnen, tragen mit politischer Bildung zur Demokratieförderung bei, ergänzen mit Programmen des Zweiten Bildungswegs die schulische Bildung und bieten ein niedrigschwelliges und zielgruppenscharfes Angebot in der Fläche, das seinen Teil zu einer chancengerechten und nachhaltig fairen Gesellschaft beiträgt. Auch die berufliche Bildung, die in Zeiten des Fachkräftemangels wichtiger ist denn je, ist in den Häusern der Erwachsenenbildung fest verankert, nicht nur an den berufsbildenden Schulen oder Universitäten.

Darüber hinaus verzeichnen wir auch im Innenverhältnis steigende Auf- und Ausgaben, die geschultert werden müssen. Die Nachwirkungen der Coronakrise und die noch nicht erreichte Rückkehr zu alten Teilnamezahlen sind dabei ebenso spürbar wie die bereits umgesetzten (TVöD) bzw. in Aussicht stehenden Tarifierhöhungen (TV-L).

Der Ausbau der Digitalisierung ist im Koalitionsvertrag als wichtiges Entwicklungsziel der Erwachsenenbildung definiert. Unser Digital Campus Niedersachsen hat sich als ein bedeutsames Programm für mehr Digitalität und digitales Wissen erwiesen und soll laut Regierungsplänen in ein Regelprogramm überführt werden. Leider ist auch davon im aktuellen Haushaltsplan nichts mehr zu finden.

Der Bildungshaushalt des Landes wurde in der Vergangenheit immer wieder (deutlich) erhöht, und das ist auch gut so, denn Bildung ist unser höchstes Gut. Aber Bildung endet nicht mit dem Schul- oder Hochschulabschluss. Gerade vor dem Hintergrund steigender Migrantenzahlen, der Anforderungen der sozial-ökologischen Transformation und einer immer älter werdenden Gesellschaft sind Angebote für das nach- oder außerschulische Lernen ein unverzichtbarer Beitrag zur Daseinsvorsorge in Niedersachsen.

Wir freuen uns immer wieder, wenn aus den Reihen der Politik die Bedeutung der Erwachsenenbildung betont wird. Diese anerkennenden Worte dürfen aber kein Lippenbekenntnis bleiben! Wir erweisen uns tagtäglich als zuverlässige Partner der Politik, wenn es um die Bewerkstelligung von neuen Aufgaben geht. Wir reagieren spontan und flexibel und erwarten nun, dass die Ankündigungen des Koalitionsvertrages der Landesregierung schrittweise umgesetzt werden.

Für das kommende Jahr bleibt uns nur wieder der Appell an Sie, die Erhöhung der Finanzhilfe erneut über die politische Liste abzusichern. Ein Koalitionsvertrag ist nicht allein ein Vertrag zwischen politischen Parteien, sondern vor allem auch ein Vertrag mit den Bürger*innen und Institutionen des Landes, die doch wohl ein Recht haben, sich auf die Umsetzung eines solchen Vertrages verlassen zu können.

Wir laden Sie daher ein, mit uns ins Gespräch zu kommen, um die schrittweise Umsetzung des Koalitionsvertrages mit Blick auf die Erwachsenen- und Weiterbildung zu diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen



Berbel Unruh
Vorsitzende



Claudia Sanner
Stellv. Vorsitzende



Dr. Jörg Matzen
Stellv. Vorsitzender